

**Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses am 08.09.2010**

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Hoffmann  
Herr Kleinesdar  
Herr Kleinkes bis 18.40 Uhr TOP 6.3  
Frau Niederfranke  
Herr Dr. von der Heyden

SPD

Herr Bauer  
Frau Biermann  
Herr Kranzmann bis 18.40 Uhr TOP 6.3  
Frau Selle  
Herr Stucke

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Geil  
Herr Schulz

BfB

Frau Becker

FDP

Frau Wilmsmeier

Die Linke

Herr Straetmanns

Beratende Mitglieder

Frau Wiedemann

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus - Dez. 2  
Herr Voßhans - 170  
Frau Brand - 410  
Herr Dr. Rath - 420.2  
Frau Stehr – 460.1  
Herr Dr. Stratmann - 480

Frau Fortmeier - Dez. 2  
Frau Grewe - 170  
Herr Pilzer - 420  
Frau Bielemeier - 460  
Herr Oberschelp - 470  
Herr Dr. Cevrim – 490  
Herr Backes – 410.1 - Schriftführer

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Stucke, eröffnet die Sitzung.  
Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

**Zu Punkt 1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 4. Sitzung des Kulturausschusses am 22.06.2010****Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 4. Sitzung des Kulturausschusses am 22.06.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 1 - \*

**Zu Punkt 2****Mitteilungen****Zu Punkt 2.1****OWL-Biennale 2011**

Herr Dr. Witthaus berichtet, der Anfang 2010 gegründete Verein OWL-Biennale e.V. - mit den Mitgliedern der Repräsentanten der Theater Bielefeld, Detmold und Paderborn sowie der Nordwest-Deutschen Philharmonie und den Initiatoren als Vorstand des Vereins - plane für 2011 ein Festival, das anschließend im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfinden solle.

Das inhaltliche Programm werde an bis zu acht Tagen von den genannten Institutionen bestritten.

Der Verein habe folgende Ziele:

1. Das Festival auszurichten.
2. Die Zusammenarbeit der genannten Institutionen in OWL zu fördern.
3. Die Stärke der Kultur in OWL zu zeigen und den Bekanntheitsgrad zu stärken.

Die Finanzierung solle über Sponsorengelder erfolgen. Zusätzliche Kosten entstünden den Institutionen demnach nicht.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 2.1 - \*

**Zu Punkt 2.2****Bielefelder Wissenschaftspreis 2010**

Herr Dr. Witthaus teilt mit, der Bielefelder Wissenschaftspreis 2010 gehe an den Soziologen Prof. Dr. Hans Joas. Herr Prof. Dr. Joas ist Leiter des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt sowie Professor an der University of Chicago.

Prof. Dr. Joas wurde 1948 geboren und gehöre zu den profiliertesten deutschen Soziologen und Sozialphilosophen mit großer internationaler Ausstrahlung. Seine Forschungsinteresse gelte vor allem der sozialen Dimension der Werte, insbesondere der Erklärung ihrer Entstehung und

ihres Wandels. Er setze auch immer wieder über seine Arbeit hinaus Impulse für aktuelle gesamtgesellschaftliche Themen.

Herr Dr. Witthaus führt aus, für den Wissenschaftsstandort Bielefeld gewinne der Preis zunehmend an Bedeutung. Von der Stiftung der Sparkasse Bielefeld im Gedenken an den großen Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann gestiftet, werde der Preis seit 2004 alle zwei Jahre verliehen und richte sich an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, insbesondere aus den Gesellschafts-, Sozial- und Lebenswissenschaften.

Die diesjährige Preisverleihung finde am 19. November voraussichtlich in der Kunsthalle statt. Als Laudator sei der Präsident der Humboldt-Universität Berlin, Professor Christoph Marksches, geladen. Er gelte als ein exponierter Kenner des Werkes Herrn Prof. Dr. Joas.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 2.2 - \*

### **Zu Punkt 3**

#### **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3 - \*

### **Zu Punkt 4**

#### **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 4 - \*

### **Zu Punkt 5**

#### **"Wir fördern Integration!" - Integrationskonzept für Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0832/2009-2014

Herr Voßhans erläutert dem Kulturausschuss die Vorlage und erklärt, das Querschnittskonzept treffe in den Ausschüssen und Beiräten bisher auf eine breite Zustimmung. Das Konzept enthalte einen umfangreichen Maßnahmenkatalog und knüpfe an aktuellen Debatten an. Herr Voßhans betont, dass die Daten regelmäßig aufbereitet werden sollen. Die Bezirksvertretung Jöllenbeck habe zudem die Verwaltung gebeten, regelmäßig über Aktivitäten zu informieren.

Herr Geil bemerkt, er hätte sich bei der Formulierung des Leitbildes etwas mehr Sensibilität gewünscht. Ferner stellt er fest, dass die Kultur in dem Konzept wenig vorkomme, wenngleich die kulturellen Einrichtungen der Stadt schon viel hinsichtlich der Integration unternähmen.

Der Kulturausschuss würdigt das Konzept und stimmt ihm zu.

#### **Beschluss:**

**Der Kulturausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung laut Vorlage, Drucksache 0832/2009-2014, zu.**

- 1. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat für die Stadt Bielefeld, die sich als weltoffene, tolerante und als**

Stadt der Vielfalt mit all ihren Facetten bekennt, eine herausragende Bedeutung. Integration gehört zu den strategischen Zielen Bielefelds.

Das Bielefelder Konzept `Wir fördern Integration! – Integrationskonzept für Bielefeld´ wird als Grundlage der künftigen kommunalen Integrationspolitik, -förderung und –arbeit verabschiedet. Mit dem Konzept stellt sich die Stadt Bielefeld der Frage, wie Integration als langwieriger Aushandlungsprozess so gestaltet werden kann, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt perspektivisch am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben gleichberechtigt teilhaben können. Es beschreibt die grundlegenden Rahmenbedingungen für einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund auf der Basis des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerf NRW).

Das Konzept ist für die Stadt Bielefeld

- „Querschnittskonzept“ und Orientierungs- und Handlungsrahmen für Integrationsförderung und –arbeit als eine (gesamt-)gesellschaftliche und politische Aufgabe, bei der Menschen mit Migrationshintergrund, Aufnahmegesellschaft und Politik ihre unterschiedlichen Beiträge zu leisten haben.
  - verbindlicher Rahmen für kommunalpolitische Handlungsansätze, die in einem fortlaufenden Prozess von Zielformulierung, Maßnahmeplanung und Controlling erarbeitet und weiterentwickelt werden.
  - Grundlage für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Dialogs mit Akteurinnen bzw. Akteuren inner- und außerhalb der Verwaltung und für Strukturen für deren Beteiligung.
  - Handlungsinstrument zur Begleitung, Unterstützung und Umsetzung im Konzept verankerter Maßnahmen zur Integrationsförderung und –arbeit in kooperativer Vernetzung aller Beteiligten und für die künftigen Ziele und Grundsätze der Steuerung.
2. Die Stadt Bielefeld begrüßt und verabschiedet das Leitbild `Bielefeld – Zusammenleben in Vielfalt´ für die Bielefelder Integrationspolitik, -förderung und –arbeit als Orientierungsrahmen für die Ziele und das Handeln sowie für ein grundlegendes Verständnis von Integration (Anlage 1).
  3. Im Rahmen des Leitbilds (s. Ziff. 2) bekennt sich die Stadt Bielefeld zu integrationspolitischen Zielen und Aufgaben (vgl. Anlage 2 zum Beschlussvorschlag).
  4. Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der handlungsfeldbezogenen Zielsetzungen und Maßnahmevorschläge des Integrationskonzepts. Vorrangig sind zunächst die Ziele und Maßnahmevorschläge gem. Anlage 3 zum Beschluss-

**vorschlag zu berücksichtigen und umzusetzen.**

- einstimmig beschlossen –

Die Anlage zur Vorlage Drucksachennummer: 0832/2009-2014 ist Bestandteil dieser Niederschrift.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 5 - \*

**Zu Punkt 6**

**Vorstellung der Geschäftsberichte der Kulturinstitute der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1279/2009-2014

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 6 - \*

**Zu Punkt 6.1**

**Geschäftsbericht 2009 Stadtbibliothek, Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek**

Herr Pilzer betont, aus Sicht der Stadtbibliothek stelle Bildung keine auszuschöpfende Ressource dar, sondern das Ergebnis eines oder mehrerer Lernprozesse. Die Bibliothek sei daher dem Lesen und Lernen verpflichtet. 2009 habe man das bislang beste Ausleihergebnis vorweisen können, wenngleich die Steigerungsraten im Vergleich zu den Vorjahren nun etwas geringer ausfielen.

Insgesamt waren 2009 bei einem leichten Rückgang reiner Bibliotheksführungen mehr Veranstaltungen zu verzeichnen. Hierzu zählten Maßnahmen zur Leseförderung und literarische Reihen, wie die Kinderliterartage „Lesefrühling“ und die Literartage für Erwachsene im Herbst.

Einen weiteren Schwerpunkt stellte 2009 die Vorbereitung auf den Bezug gemeinsamer Räumlichkeiten mit dem Institut Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek im Amerikahaus dar. Herr Pilzer verspricht sich von der Maßnahme eine qualitative Steigerung der Bibliothek als Lern- und Aufenthaltsort.

Frau Biermann erkundigt sich nach speziellen Angeboten für Migranten. Herr Pilzer weist auf die Zusammenarbeit der Bibliothek mit Schulen und Kita-Einrichtungen hin, es gebe auch ein kleines Programm zum Lesen mit Kindern türkischer Herkunft. Grundsätzlich richte sich das Angebot der Stadtbibliothek jedoch an alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft. Seit einigen Jahren werde der Buchmarkt systematisch nach zweisprachigen Büchern abgesucht. Gleichwohl sei die Bibliothek immer auf Vermittler angewiesen, die ihnen die Kinder zuführe. Eine „aufsuchende Bibliotheksarbeit“ sei schon aufgrund der personellen Ausstattung nicht leistbar. Eine konsequente Fluktuationsabschöpfung (frei werdende Stellen werden nicht neu besetzt) führe eher zu einer Konzentration der Kräfte, was letztlich die Schließung von Filialen nach sich ziehen würde.

Auf Nachfrage von Frau Selle erklärt Herr Pilzer, dass der konkrete Migrationshintergrund der Nutzer aus Datenschutzgründen nicht ermittelt werden dürfe.

Herr Dr. Rath berichtet, durch die Einführung des neuen Personenstandsgesetzes zum 01.01.2009 sei es im Institut Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek zu einer deutlichen Zunahme an vorgelegten Archivalien gekommen. Der Aktenzugang sei vom Standesamt sehr gut vorbereitet gewesen, bereits ab dem 02.02.2009 konnte das Personenstandsregister genutzt werden. Herr Dr. Rath berichtet, die in seinem Institut angewandte sehr zügige Verzeichnungsmethode sei inzwischen bundesweit von anderen Instituten als „Bielefelder Modell“ übernommen worden.

Ein weiterer Schwerpunkt habe 2009 in der Beteiligung an den Bergungsarbeiten nach dem Einsturz des Stadtarchivs Köln bestanden. Unter dem Eindruck der Geschehnisse in Köln habe sich unter seiner Federführung nun auch in Bielefeld ein Notfallverbund der Archive gegründet. Hierbei gehe es z. B. darum, in Krisenfällen kurzfristige Auslagerungsmöglichkeiten anzubieten.

Eine für 2009 geplante Kooperationsausstellung mit Rzeszów musste aus organisatorischen Gründen verschoben werden. Der genaue Durchführungstermin stehe zwar noch nicht fest, die Ausstellung falle jedoch keineswegs aus, wie fälschlicherweise in der Presse berichtet wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Stucke berichtet Herr Dr. Rath, dass die Weiterarbeit am Kreisarchiv Gumbinnen nur mit Hilfe von Praktikanten zu leisten sei. Bislang seien 1.400 Datensätze erfasst, die Arbeit werde im Herbst fortgesetzt.

Der Kulturausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2009 der Stadtbibliothek und des Instituts Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek zur Kenntnis.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 6.1 - \*

## **Zu Punkt 6.2**

### **Geschäftsbericht 2009 Volkshochschule**

Frau Bielemeier erläutert, dass sich die Volkshochschule intensiv an der Gestaltung des Integrationskonzeptes beteiligt habe. Die Umsetzung eines derartigen Konzeptes gehöre zu den originären Aufgaben einer VHS.

Das Jahr 2009 sei sehr gleichmäßig verlaufen. Derzeit befinde sich der Programmbereich zu den Themen Arbeitswelt und Beruf in einer Phase der Neuorientierung. Es habe sich erwiesen, dass eine breite EDV-Grundbildung vorhanden sei, die eine Hinwendung zu neuen Themen wie etwa „Social Networks“ und „Open Source“ - Programmen erforderlich mache.

Ferner komme Schlüsselqualifikationen im Bereich der Rhetorik und Kommunikation eine ebenso große Bedeutung wie der Elternbildung im Rahmen des Projektes „Elternkompass“ zu. Frau Bielemeier bekräftigt, die Programmarbeit der VHS werde weiter bedarfsorientiert erfolgen.

Bei der Ausstellung „Sonderzüge in den Tod“ habe die Einbindung von Zeitzeugen bei Schulbesuchen zu einer außerordentlich positiven Resonanz geführt, Geschichte sei auf diese Weise greifbar geworden.

Auf Nachfrage von Herrn von der Heyden erklärt Frau Bielemeier, die VHS stehe als Anbieter von Deutschkursen in Konkurrenz zu anderen Anbietern. Zudem müssten die Teilnehmer den Anforderungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge entsprechen.

Auf Nachfrage von Herrn Stucke teilt Frau Bielemeier mit, der Rückgang bei den Alphabetisierungskursen ergebe sich daraus, dass 2008 ein Zusatzprojekt ausgelaufen sei. Die Abweichung bei der Position „sonstige Erträge“ sei Folge einer Zusammenfassung verschiedener Positionen. Die Einnahmen seien generell auf dem Niveau des Vorjahres geblieben.

Herr Stucke bittet um einen Hinweis an den Jugendring, dass in der VHS auch die Jugendleiterkarte (Juleica) erworben werden könne.

Der Kulturausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2009 der Volkshochschule zur Kenntnis.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 6.2 - \*

### **Zu Punkt 6.3**

#### **Geschäftsbericht 2009 Historisches Museum**

Zu Beginn seines Berichts weist Herr Dr. Stratmann darauf hin, dass vor seinem Amtsantritt im September 2009 das Historische Museum drei Jahre ohne Leitung auskommen musste. So sehe er sich zunächst mit der Fragestellung der künftigen grundsätzlichen Ausrichtung des Museums konfrontiert. Für die Erstellung eines zukunftsfähigen Konzeptes sei grundsätzlich die Unterstützung durch die Politik erforderlich. Es stelle sich die Frage, ob das Museum eher industrie- oder stadtgeschichtlich ausgerichtet werden solle. Angesichts einiger Beispiele aus dem Ruhrgebiet rät Herr Dr. Stratmann von einem rein industriegeschichtlichen Museum jedoch ab.

Zu den vorrangigen Themen, die zu behandeln seien, gehöre die Einführung einer systematischen Museumspädagogik. Zudem ver falle die Dauerausstellung, hier sei dringend eine Renovierung oder gar komplette Erneuerung erforderlich. Die durchschnittliche Nutzungsdauer solcher Sammlungen sei bereits um einige Jahre überschritten. Hierzu bedürfe es einer politischen Entscheidung.

Weiterhin müsse das Museum unbedingt im Internet vertreten sein, hierzu sei der Aufbau einer Datenbank notwendig. Auch die Ausstattung der Museumswerkstatt sei reparaturbedürftig. Eine gemeinsame Nutzung der Werkstätten anderer Kultureinrichtungen werde geprüft, erweise sich jedoch vielfach als wenig praktikabel.

Herr Dr. Stratmann teilt mit, dass neue Magazinräume gefunden werden konnten, die auf nur noch einen Standort konzentriert sind. Die Mietkosten in Höhe von 120.000 € seien mit 100.000 € durch die bisherigen Mieten gedeckt, der Rest müsse aus dem Museums-Etat bestritten werden. Es ergebe sich gegenwärtig eine Schwerpunktverschiebung vom Ausstellen hin zum Bewahren.

Der Umstand, dass von den jährlich 19.000 Besuchern 17.000 freien Eintritt erhielten, sei Folge der großen Besucherströme an den kostenlosen Veranstaltungen „Wackelpeter“ und „Lange Nacht der Museen“. Eine

kontinuierliche, signifikante Steigerung der Besucherzahlen könne nur über Sonderausstellungen erreicht werden. Herr Dr. Stratmann teilt mit, die Zugangssituation zum Sonderausstellungsbereich verbreitern zu wollen, um künftig größere und mithin auch interessantere Exponate präsentieren zu können. Erfolge bei der Sponsoren-Akquise seien wesentlich von der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig.

Frau Wilmsmeier regt die Zusammenfassung mehrerer Museen zu einem Historischen Museum an.

Der Kulturausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2009 des Historischen Museums zur Kenntnis.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 6.3 - \*

#### **Zu Punkt 6.4**

#### **Geschäftsbericht 2009 Naturkunde-Museum**

In Vertretung von Frau Dr. Wrazidlo zeichnet Herr Dr. Cevrim das erfolgreiche Geschäftsjahr des Naturkunde-Museums (NaMu) nach, in dem 26.500 Besucher begrüßt werden konnten. Mehr als die Hälfte der Besucher habe an museumspädagogischen Veranstaltungen teilgenommen. Das NaMu profitiere bei seiner Arbeit von zahlreichen Vernetzungen und Kooperationen mit Schulen. Auch 2009 seien neue Projekte aufgenommen worden.

Herr Dr. Cevrim erläutert, dass das NaMu unter feuchten Magazinräumen im Keller zu leiden habe. Eine Besserung verspreche daher die Aussicht, einige Bereiche der neuen Magazinflächen des Historischen Museums mitnutzen zu können. Grundsätzlich bedinge die räumliche Begrenztheit in den Museumsräumen, dass Fremdausstellungen selten in Gänze gezeigt werden könnten.

Der Kulturausschuss lobt die museumspädagogische Arbeit des NaMu und würdigt das Museum als mögliches Vorbild für andere Einrichtungen. Frau Becker betont, dem Thema der räumlichen Enge werde man sich in Zukunft stellen müssen.

Frau Wilmsmeier regt die Kooperation des Naturkunde-Museums mit der Stadtbibliothek im Amerikahaus an.

Herr Stucke bittet im nächsten Jahr um einen Erfahrungsbericht mit dem „Grünen Haus“ und regt an, Paten für die Exponate zu suchen. Herr Dr. Cevrim erklärt, diese Aktion laufe an.

Der Kulturausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2009 des Naturkunde-Museums zur Kenntnis.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 6.4 - \*

#### **Zu Punkt 6.5**

#### **Geschäftsbericht 2009 Kulturamt**

Frau Brand berichtet, das Kulturamt habe sich 2009 unter anderem der Überarbeitung des eigenen Profils gewidmet. Die Schwerpunkte der Arbeit lägen einerseits auf dem Angebot professioneller Kulturveranstaltungen in unterschiedlichen Sparten und andererseits auf der Förderung der



freien Kulturszene. Zudem werde die Rudolf-Oetker-Halle als Ort etabliert, an dem sich internationale und regionale Künstler präsentieren könnten.

Dank der Sponsoren sei es gelungen, die städtischen Mittel des Programmets zu verfünffachen. Das ermögliche die Gestaltung eines vielfältigen Programms aus 60 eigenen Veranstaltungen und über 70 Kooperationen. Frau Brand weist hier insbesondere auf die kulturellen Partnerschaften mit dem NRW-Kultursekretariat Wuppertal, der Stadtwerke Bielefeld GmbH, der MoBiel GmbH und WDR 3 hin. Der WDR übertrage regelmäßig Konzerte aus der Rudolf-Oetker-Halle live, was den Bekanntheitsgrad der Halle weiter stärke. Die professionelle Veranstaltungsabwicklung durch das Kulturamt habe dazu geführt, Bielefeld als einen von zwei noch verbliebenen Standorten in NRW bei der Durchführung der Lesereihe „mobILEs“, einer Kooperation mit dem NRW-Kultursekretariat Wuppertal, zu etablieren.

Einen großen Erfolg habe das Kulturamt auch beim Tanzfestival mit über 1.000 verkauften Kursen erzielen können. Hier zeige sich, dass die Angebote starker Ermäßigungen für Bielefeld-Pass-Inhaber sehr gut angenommen werden. Ein Umsatzrückgang sei dadurch nicht zu verzeichnen.

Frau Brand betont, bei der Programmgestaltung achte das Kulturamt auf ein hohes Maß an Interkulturalität. Hierbei werde unterschiedlichen Ansprüchen Rechnung getragen. Künftig solle auch stärker ein jüngeres Publikum angesprochen werden. Ein Anfang sei bereits in diesem Jahr auf dem Leineweber-Markt mit der erstmaligen Präsentation einer BMX- und Skateboard Miniramp-Show erfolgt. Die Herausforderung bestehe darin, Auftrittsorte zu finden, die von einem jüngeren Publikum angenommen würden.

Frau Brand führt weiter aus, die Reduzierung der Veranstaltungen sei Folge der zu geringen Personalausstattung und diene dem Schutz des Interieurs nach der Sanierung. Veranstaltungen, die der Halle abträglich seien, wie z. B. ein Chinesischer Nationalzirkus, und andere, nicht zum Profil der Halle passende, werden nicht mehr angenommen. Trotz einer geringeren Anzahl an Veranstaltungen konnte 2009 ein Besucherplus verzeichnet werden.

Herr Geil lobt den informativen Geschäftsbericht des Kulturamts und stellt die Transparenz des Zahlenmaterials heraus.

Auf Nachfrage erläutert Frau Brand, die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für das AlarmTheater sei aufgrund einer existenzbedrohenden finanziellen Schieflage erfolgt. In der Relation habe das AlarmTheater in den Vorjahren einen deutlich geringeren Zuschuss als andere freie Theater erhalten.

Frau Brand bestätigt weiter, in den Zuschauerzahlen seien auch die Besucher von Veranstaltungen in den Stadtbezirken enthalten.

Der Kulturausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2009 des Kulturamtes zur Kenntnis.

## **Zu Punkt 6.6 Geschäftsbericht 2009 Musik- und Kunstschule**

In Vertretung von Herrn Strzyzewski stellt Herr Oberschelp den Geschäftsbericht der Musik- und Kunstschule (MuKu) vor. Im März 2009 habe die MuKu dem Kulturausschuss ein 14 Punkte umfassendes Zukunftskonzept vorgelegt, von dem inzwischen 13 Punkte umgesetzt seien. Lediglich von der Einführung eines Qualitätsmanagements musste aus Kostengründen bislang Abstand genommen werden.

Herr Oberschelp berichtet, die MuKu beschäftige inzwischen eine Veranstaltungskauffrau und bilde sogar aus. Obwohl es ursprünglich nur auf das Ruhrgebiet beschränkt gewesen sei, habe man auch in Bielefeld das Programm JeKi (Jedem Kind ein Instrument) an zwei Schulen einführen können. Eine Ausweitung werde angedacht. Die MuKu verzeichne eine deutlich gestiegene Schülerzahl bei einer gleichzeitigen Kostensenkung. Insgesamt hätten 2.300 Veranstaltungen 15.000 Teilnehmer erreicht. Etwa 30 % des Unterrichts erfolge durch Honorarkräfte. Auf die neue Internetpräsenz werde durchschnittlich 12.000mal pro Monat zugegriffen.

Herr Oberschelp weist auf die Verleihung des WDR Jazzpreises im Oktober 2009 an die Jugendbigband und die Durchführung des Wettbewerbs „Jugend musiziert“ und die damit verbundene Medienpräsenz hin.

Der Kulturausschuss lobt und würdigt die Arbeit der Musik- und Kunstschule.

Der Kulturausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2009 der Musik- und Kunstschule zur Kenntnis.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 6.6 - \*

## **Zu Punkt 7 Beratung der Haushalts- und Stellenpläne 2010/2011**

Der Kulturausschuss berät die Entwürfe der Haushalts- und Stellenpläne in 1. Lesung. Die Beschlussfassung soll in der Sitzung am 06. Oktober 2010 erfolgen.

Herr Dr. Witthaus erklärt, die Dringlichkeitslisten würden gegenwärtig einer neuen Überprüfung unterzogen. Es werde ermittelt, welche in 2010 beginnenden Maßnahmen nächstes Jahr Folgekosten nach sich ziehen. Es gelte, sich für 2011 die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Zudem sei vorgesehen, die GWG-Beschaffungsmittel im Haushalt 2011 pauschal um 25 % zu kürzen.

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 7 - \*

## **Zu Punkt 7.1 Beratung des Haushaltsplanentwurfs und Stellenplanentwurfs 2010/2011 für das Kulturamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1319/2009-2014

1. Lesung –

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 7.1 - \*

**Zu Punkt 7.2**      **Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2010/2011 für das Amt Stadtbibliothek, Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1311/2009-2014

1. Lesung –

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 7.2 - \*

**Zu Punkt 7.3**      **Beratung des Haushaltsplanentwurfs und Stellenplanentwurfs 2010/2011 für die Volkshochschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1314/2009-2014

1. Lesung –

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 7.3 - \*

**Zu Punkt 7.4**      **Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2010/2011 für die Musik- und Kunstschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1322/2009-2014

1. Lesung –

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 7.4 - \*

**Zu Punkt 7.5**      **Beratung des Haushalts- und Stellenplanes 2010/2011 für das Historische Museum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1330/2009-2014

1. Lesung –

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 7.5 - \*

**Zu Punkt 7.6**      **Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2010/2011 für das Naturkundemuseum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1312/2009-2014

1. Lesung –

\* Kulturausschuss - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 7.6 - \*

---

Stucke (Vorsitzender)

---

Backes (Schriftführer)

Leitbild „Bielefeld - Zusammenleben in Vielfalt“Vision

Die Stadt Bielefeld und ihre Bürgerinnen und Bürger erkennen die Vielfalt als Selbstverständlichkeit an. Sie halten damit für langfristig erstrebenswert, dass sich alle Menschen in dieser Stadt in ihrer Unterschiedlichkeit achten und anerkennen. Ihre Einzigartigkeit müssen sie nicht erklären oder begründen, sie werden nicht als (kulturell) Fremde gesehen, sondern als Zugehörige zu einer Gemeinschaft. Unterschiedliche Lebensformen und -stile, vorausgesetzt, sie sind gesetzeskonform, werden als Bereicherung des Zusammenlebens wahrgenommen.

Der Zugang aller Bielefelderinnen und Bielefelder zu wichtigen Ressourcen wie Erziehung, Bildung, Ausbildung, Beruf, Kultur, Freizeit, Gesundheit, soll ebenso gewährleistet sein wie die Beteiligung an der räumlichen und sozialen Gestaltung der Stadt.

Auf diese Weise soll eine gemeinsame städtische Kultur entstehen, die keine künstlichen Grenzen zwischen Menschen aus verschiedenen Regionen der Welt zieht und keine ethnisch homogenen Gruppen konstruiert. Sie erkennt an, dass die Zugehörigkeiten der Menschen vielfältig sind und Überschneidungen mit Anderen aufweisen.

Umsetzungsschritte des Integrationskonzeptes

- Die Stadt Bielefeld und ihre Tochtergesellschaften verpflichten sich der interkulturellen Orientierung und Öffnung in allen Zielen, Planungen und Maßnahmen auf allen Ebenen und in allen Fachbereichen. Interkulturelle Öffnung betrifft die drei Bereiche Organisationsentwicklung, Personalentwicklung und Bürgerinnen- und Bürger-Orientierung.
- Die Stadt Bielefeld und ihre Tochtergesellschaften setzen die interkulturelle Orientierung und Öffnung für sich und für die mit ihr in Verbindung stehenden Institutionen als Querschnittsaufgabe um.
- Die Stadt Bielefeld und ihre Tochtergesellschaften nehmen aktiv Einfluss auf ihre Kooperationspartnerinnen und -partner und weitere Institutionen, um diese in ihrem eigenen Prozess der interkulturellen Orientierung und Öffnung zu unterstützen.
- Die Stadt Bielefeld und ihre Tochtergesellschaften bekennen sich zu der Bedeutung einer gezielten Frauenförderung und der Gleichstellung von Frau und Mann für einen gelingenden Integrationsprozess und prüfen, inwieweit Maßnahmen zum Ziel der Realisierung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern beitragen.
- Die Stadt Bielefeld und ihre Tochtergesellschaften verpflichten sich zur Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Institutionen zu einem professionellen, selbstverständlichen und kundenfreundlichen Umgang mit der kulturellen Vielfalt.
- Die Stadt Bielefeld und ihre Tochtergesellschaften ermöglichen und fördern die gesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund.
- Das Leitbild und die sich daraus ergebenden Prozesse werden intern wie extern veröffentlicht.

- Die Stadt Bielefeld sorgt für eine kontinuierliche Präsenz der Inhalte und Zielsetzungen des Integrationskonzeptes in der Öffentlichkeit.

Die Stadt Bielefeld – Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten – überprüft das Leitbild regelmäßig und initiiert gegebenenfalls seine Weiterentwicklung.

Alle Ziele und Maßnahmen des Integrationskonzeptes müssen den Grundsätzen des Leitbildes – Chancengleichheit, gleicher Zugang zu Ressourcen, gleiche und gerechte Partizipationsmöglichkeiten, Kultur der Vielfalt – entsprechen.

Die Stadt Bielefeld und ihre Tochtergesellschaften begrüßen die Übernahme des Leitbildes durch andere Institutionen.

Integrationspolitische Ziele

Im Rahmen des Leitbilds „Bielefeld - Zusammenleben in Vielfalt“ bekennt sich die Stadt Bielefeld vor allem zu folgenden Zielen und Aufgaben:

1. Steigerung der Sprachkompetenz.
2. Steigerung der Leistungsfähigkeit des Teilsystems „Bildung“ im Elementarbereich.
3. Steigerung der Erziehungskompetenz der Eltern.
4. Erhöhung der Integrationsverantwortung aller Schulformen.
5. Erfolgreicher Verlauf des Übergangs Schule → Ausbildung → Beschäftigung/ Arbeit.
6. Menschen mit Migrationshintergrund sind entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung strukturell in der Arbeitswelt vertreten („affirmative action“).
7. Verbesserung der Zugangs- und Partizipationsmöglichkeiten zu Bildungseinrichtungen und –angeboten.
8. Gesundheitliche Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund.
9. Angleichung der Versorgung von älteren Menschen mit Migrationshintergrund an die Versorgung von älteren Menschen ohne Migrationshintergrund (z. B. bei vergleichbarer sozialer Schichtzugehörigkeit).
10. Stadtteilentwicklungspolitik des sozialen Ausgleichs betreiben.
11. Verstärkte Förderung des interkulturellen Zusammenlebens.
12. Interkulturelle Orientierung und Öffnung (Behörden, öffentliche Institutionen, Träger).
13. Verbindliche inhaltliche Kooperation (organisatorisch und inhaltlich): Stadt - Freie Träger, Migrant\*innenorganisationen, Migrant\*innenorganisationen untereinander und mit Dritten, Vernetzung von Integrationsförderung und –arbeit vor Ort.
14. Verbesserung von Integrationschancen für Neuzuwanderinnen bzw. Neuzuwanderer durch spezifische Beratungsangebote.
15. Schaffung verbesserter Infrastruktur für die Integration von Flüchtlingen.
16. Verbesserung des Zugangs zu Fach- und Regeldiensten (Behörden, öffentliche Institutionen und Träger).

Anlage 3 (zu TOP 5)

| Lfd. Nr. | Handlungsfeld    | Oberziel  | Maßnahmevorschlag  |
|----------|------------------|---|--|
| 1        | Elementarbereich | Steigerung der Sprachkompetenz  | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Integrationshilfen durch Sprachbildung in der Schuleingangsphase → Weiterführende individuelle Förderung, soweit möglich mit den Kindern aus dem Elementarbereich bekannten Sprachkursleitungen.</li> <li>○ Teamteaching zwischen Lehrkraft und Sprachkursleitung.</li> <li>○ Qualifizierung der Lehrkräfte und Sprachkursleitungen.</li> <li>○ Verstärkte Einstellung von muttersprachlichen Fachkräften.</li> </ul>   |
| 2        |                  | Steigerung der Leistungsfähigkeit des Teilsystems „Bildung“ im Elementarbereich | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Bereitstellung (Finanzierung) eines „Bildungstopfes“ für innovative Pilotprojekte → Ziel: Erprobung neuer (Kooperations-)Projekte (Förderfähig sollten Projekte sein, an denen mindestens 30 % Kinder mit Migrationshintergrund beteiligt sind).</li> <li>○ Konzipierung und Initiierung einer Fortbildungsreihe, insbes. zu Themenkomplexen wie „Einwanderung und Interkulturalität“, „Vorurteilsbewusste Erziehung“, „Erziehungsvorstellungen in Familien mit Migrationshintergrund“, „Umgang mit religiösen Anliegen“, „Diskriminierung“.</li> <li>○ Planung, Durchführung zweier gemeinsamer Fortbildungstage/Jahr für Kindertageseinrichtung und Grundschule als stadtweites Fortbildungsangebot zur Entwicklung und Umsetzung trägerübergreifender Standards für Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zur Gestaltung des Übergangs.</li> <li>○ Einsatz für entsprechende Landesregelungen einschließlich Mitfinanzierung des Landes z. B. über kommunale Spitzenverbände, überörtliche Träger der Jugendhilfe, mit dem Ziel geringerer Anzahl an Kindern in der Einrichtung / „Gruppe“, wenn der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund über 50 % liegt.</li> </ul> |
| 3        |                  | Steigerung der Erziehungskompetenz der Eltern                                   | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Ausbildung von Stadtteilmüttern und Stadtteinvätern, Einsatz in Kursen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu Bildungs- und Erziehungsthemen auf Basis verbindlich festgelegter Ziele und Inhalte (s. hierzu entspr. Kooperationsvereinbarungen).</li> <li>○ Ausweitung der Elternberatung: Psychosoziale Beratung in Familienzentren und weiteren Kindertageseinrichtungen als Angebot für Mütter und Väter.</li> <li>○ Unterstützung von Eltern /-teilen in ihrer Erzie-</li> </ul>  |

|   |              |  |  |
|---|--------------|--|--|
|   |              |  | <p>hungs- und Bildungsarbeit, verständliche und ansprechende Weitergabe von Praxiserfahrungen (Vorschlag: 4 Elternveranstaltungen zu pädagogischen Themen mit Fachreferentinnen bzw. Fachreferenten / Jahr).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Einrichtung von Elterncafés, Bereitstellung von „Raum“ für Themen der Eltern /-teile unter Federführung und Verantwortlichkeit des Trägers des Tagesbetreuungsangebotes.</li> </ul>  |
| 4 | Schule       | Erhöhung der Integrationsverantwortung aller Schulformen   | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Evaluation der „Grundschulgutachten“.</li> <li>○ Zügige Eingliederung von Schülerinnen bzw. Schülern (schulische Seiteneinsteigerinnen bzw. – einsteiger) in Regelklassen.</li> <li>○ (Mehr) Individuelle Lernbegleitung auch durch außerschulische Partnerinnen und Partner.</li> <li>○ Entwicklung/Durchführung von (z. B.) Jungentanzprojekten.</li> </ul>   |
| 5 | Ausbildung   | Erfolgreicher Verlauf des Übergangs Schule → Ausbildung → Beschäftigung/Arbeit   | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Berücksichtigung „Interkultureller Kompetenz“ als Bestandteil des Anforderungsprofils bei Stellenausschreibungen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Rechtsnormen (GG, AGG).</li> <li>○ Durchgängige, abgestimmte Sprachbildung für Kinder bzw. Schülerinnen bzw. Schüler mit Migrationshintergrund und Förderbedarf.</li> <li>○ Ausbau der Schulsozialarbeit als Regelangebot unter Berücksichtigung und Weiterentwicklung der existierenden Qualitätsstandards paritätisch durch Schule und Jugendhilfe.</li> <li>○ Ausbau der Beratung und Berufswegeplanung Jugendlicher (mit Migrationshintergrund) während der Schulzeit als Regelangebot in allen weiterführenden Schulformen ab dem 8. Jahrgang unter Berücksichtigung und Weiterentwicklung der existierenden Qualitätsstandards.</li> </ul>  |
| 6 | Arbeitsmarkt | Menschen mit Migrationshintergrund sind entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung strukturell in der Arbeitswelt vertreten („affirmative action“) | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Werbung durch Repräsentantinnen bzw. Repräsentanten der Stadt Bielefeld um Würdigung und Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen bei Auswahl und Einstellung von (Fach- bzw. Arbeits-)Kräften durch Unternehmen in Bielefeld.</li> <li>○ Nutzung des „Bielefeld-Bonus“ (= kommunale Aufstockung des Beschäftigungszuschusses nach § 16 e SGB II) insbesondere auch von Menschen mit Migrationshintergrund.</li> <li>○ Aktive Rolle der Kommune (unter Beteiligung von Agentur für Arbeit, Arbeitplus in Bielefeld, WEGE mbH, REGE mbH) bei der Erörterung der arbeitsmarktbezogenen Bestandteile des Integrationskonzeptes mit Personalverantwortlichen großer Bielefelder Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber.</li> <li>○ Durchführung von Schulungen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und der Matchingkompetenz bei Arbeitsmarktakteuren in der Region.</li> </ul> |



|    |  |   |   |
|----|--|---|---|
| 7  | Erwachsenenbildung   | Verbesserung der Zugangs- und Partizipationsmöglichkeiten zu Bildungseinrichtungen und -angeboten | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ S. hierzu u. a. auch Handlungsfelder `Elementarbereich`, `Schule`, `Ausbildung` und künftiges durchgängiges Sprachbildungskonzept „MitSprache in Bielefeld“ mit zielgruppenorientierten Sprachangeboten: Kinder / Jugendliche, Frauen, Väter u. a.</li> <li>○ Einsatz von mehr Fachpersonal mit Migrationshintergrund (u. a. als Weiterbildnerin im Vereinsmanagement, in der interkulturellen Öffentlichkeitsarbeit).</li> <li>○ Unterstützung in der Elternarbeit (Information / Qualifizierung / Aufbau und kontinuierlicher Ausbau eines Systems von Vermittlerinnen bzw. Vermittlern und Beraterinnen bzw. Beratern (z. B. Elternpatinnen bzw. Elternpaten) – verbindlich institutionell eingebettet, gesteuert und koordiniert –.</li> <li>○ Konzeptionierung und Initiierung spezieller Angebote für Männer und Väter in der Erwachsenenbildung zur Unterstützung ihrer Erziehungskompetenz.</li> </ul> |
| 8  | Gesundheit, Selbsthilfe, sozialpsychiatrische und psychosoziale Versorgung | Gesundheitliche Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund                          | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Organisation und Durchführung niedrigschwelliger Kursangebote, stadtteilorientiert und mehrsprachig, z. B. zur gesunden Ernährung, Bewegung, Entspannung.</li> <li>○ Einrichtung eines migrantenspezifischen, sozialpsychiatrischen träger- und berufsgruppenübergreifenden Kompetenznetzwerks.</li> <li>○ Initiierung und Durchführung von frauenspezifischen Informationsveranstaltungen zu frauenspezifischen Gesundheitsthemen, stadtteilbezogen, u. a. bei Migrantenorganisationen.</li> <li>○ Fortführung und Sicherstellung des „MiMi“-Projektes. Verbesserte Anbindung des „MiMi“-Projektes an Krankenkassen, Sportvereine, Selbsthilfe. Ggf. Entwicklung alternativer Strukturen.</li> </ul>  |
| 9  | Seniorinnen und Senioren, Betreuung und Pflege                             | Chancengleichheit in der Versorgung von älteren Menschen mit Migrationshintergrund                | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Planung, Ausgestaltung und Durchführung von Altenhilfe, Betreuungs- und Pflegeangeboten.</li> </ul>  |
| 10 | Wohnen, Stadtentwicklung, Soziales Umfeld                                  | Stadtteilentwicklungspolitik des sozialen Ausgleichs betreiben                                    | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Angemessene / bedarfsgerechte (quantitative wie qualitative) Ausstattung der Stadtteile mit sozialer Infrastruktur (insbes. Angebote der Tagesbetreuung, Grundschulen, Beratungsstellen, ÖPNV, Altenbetreuung, Arztpraxen, lokale Ökonomie etc.).</li> <li>○ Beispiele für integrationsförderndes Wohnen identifizieren, erweitern (quantitativ) und weiter entwickeln (qualitativ).</li> <li>○ Unterstützung und Assistenz bei freiwilligem Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund für Menschen mit Migrationshintergrund.</li> <li>○ Funktion von Begegnungszentren / Begegnungs-</li> </ul>  |

|    |   |   |   |
|----|---|---|---|
|    |   |   | plätzen (auch im Freien) herstellen, Begegnungsräume für Milieus.   |
| 11 |   | Verstärkte Förderung des interkulturellen Zusammenlebens  | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Bereitstellung von „Raum“/ (vorhandenen) Räumlichkeiten („Haus der kulturellen Begegnung“).</li> <li>○ Bereitstellung von vorhandenen Räumlichkeiten für den interreligiösen Dialog.</li> <li>○ Installierung von Bewohnerräten .</li> <li>○ Quartiersmanagement.</li> </ul>   |
| 12 | Behörden, öffentliche Institutionen, Träger | Interkulturelle Orientierung und Öffnung (Behörden, öffentliche Institutionen, Träger)  | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Werbung.</li> <li>○ Auswahl.</li> <li>○ Aufstiegsförderung.</li> <li>○ Fortlaufendes und qualifiziertes Angebot der Schulung in interkultureller Kompetenz.</li> </ul>   |
| 13 |   | <p>Verbindliche inhaltliche Kooperation (organisatorisch und inhaltlich)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Stadt - Freie Träger, Migrantenorganisationen</li> <li>- Migrantenorganisationen untereinander und mit Dritten</li> </ul> <p>Vernetzung von Integrationsförderung und –arbeit vor Ort</p> | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Einstellung von (Fach-)Kräften mit Migrationshintergrund, Bildung interkultureller Teams.</li> <li>○ Angebotsausgestaltung und Leistungserbringung unter Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund.</li> <li>○ Förderung von Migrantenorganisationen, die im Integrationsprozess insbesondere eine Vermittlerrolle und Dienstleistungsfunktion wahrnehmen, zum Abbau sozialer und ökonomischer, sich ethnisch ausprägender Ungleichheit beitragen, ihr Potenzial in der Gesellschaft und im Bereich der Integration (politisch-rechtliche Integration, Bildungs-, soziale und Arbeitsmarkt-Integration, auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder im Stadtteil) einbringen, bürgerschaftliches Engagement fördern.</li> <li>○ Honorierung besonderer integrationsfördernder Aktivitäten von Institutionen, Initiativen bzw. Personen durch einen kommunalen Integrationspreis.</li> </ul> |
| 14 |   | Verbesserung von Integrationschancen für Neuzuwanderinnen bzw. Neuzuwanderer durch spezifische Beratungsangebote  | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Clearingstelle der Beratungsdienste im `Rathaus´.</li> <li>○ Beratungsgutscheine der Ausländerbehörde und Arbeitsgemeinschaft nach dem SGB II.</li> <li>○ Mehrsprachiges Informationsmaterial.</li> <li>○ Soziale Beratung.</li> </ul>   |
| 15 |   | Schaffung verbesserter Infrastruktur für die Integration von Flüchtlingen   | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau verbesserter und nachhaltiger Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt (s. insbes. Ansatz des `Alpha-Projektes´ (Arbeit für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge (alpha)).</li> </ul>  |
| 16 |   | Verbesserung des Zugangs zu Fach- und Regeldiensten (Behörden, öffentliche Institutionen und Träger)  | <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Kooperationsvereinbarungen.</li> <li>○ Informationstransfer.</li> <li>○ Vermittlung und bedarfsgerechte Begleitung zu den Regeldiensten.</li> <li>○ Co-Beratung.</li> </ul>  |

